

VON ERIK LOMMATZSCH

Ihr Domizil hat die „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus“ am Nikolaikirchplatz in Berlin. Gegründet wurde sie im Dezember 1990, kurz nach der deutschen Vereinigung. Ihr Entstehen verdankt die Einrichtung der Initiative von Ursula Popiolek. Die Slawistin war langjährige Geschäftsführerin und ist noch immer als Vorstandsvorsitzende des Fördervereins für die Gedenkbibliothek aktiv. Sie erfuhr ihre Prägung in der DDR, in, wie sie es selbst bezeichnet, „passiver Opposition“. Eine Reihe eigentlich verbotener Bücher, etwa Alexander Soltschenizyns „Archipel Gulag“ oder Wolfgang Leonhards „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, fanden auch in der zweiten deutschen Diktatur ihren Weg zum interessierten Leser. Popiolek betont zudem ihre Prägung durch Ralf Schröder, in der DDR erst Dozent, später Verlagslektor für Sowjetliteratur, der unter dem Vorwurf des „Staatsverrats“ sechs Jahre lang in Bautzen inhaftiert war.

Die große Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, wenige Tage vor dem Fall der Mauer, betrachtet Popiolek als eine Art Initialzündung für ihre Idee, Bücher zusammenzutragen, die über Sowjetkommunismus beziehungsweise Stalinismus aufklären, den Totalitarismus von links. Bücher, die sich der Frage widmen, warum diese Bestrebungen auf so große Resonanz stießen, und welche die Schicksale der Leidtragenden darstellen. Bürgerrechtler konnten für die Idee gewonnen werden. Am Anfang war es insbesondere Bärbel Bohley, über die wiederum im Namen des „Neuen Forums“ geworben werden konnte. So sei es möglich gewesen, in den Folgejahren 150.000 D-Mark zu sammeln, Räumlichkeiten zu finden, Bücherlisten anzufertigen und die Sammlung entsprechend zusammenzustellen.

Linke Attacken und Anschläge

Am Anfang stieß die Institution mit den nun konzentriert greifbaren Informationen, den Büchern, die viele Deutsche dem Titel und Autor nach kannten, aber bislang nicht lesen konnten, auf sehr große Resonanz und erfuhr entsprechenden öffentlichen Rückhalt. Die Einrichtung insgesamt wurde Anlaufort für Interessierte und von den Repressalien des untergegangenen Systems Betroffene.

Doch dann folgte eine Zeit mit politisch grundierten Angriffen, bis hin zu einem Brandanschlag auf das Auto der Familie Popiolek oder der Herbeiführung eines die Bibliothek massiv in Mitleidenschaft ziehenden Wasserschadens. Auswirkungen auf den Unterstützerkreis, der ursprünglich ein gemeinsames Ziel verfolgte – nämlich die Dokumentation des



Inzwischen mehr als 14.000 Bände: Nutzer in den Räumen der Gedenkbibliothek im Berliner Nikolaiviertel

Foto: Ullstein

MAHNUNG

Die totalitäre Erfahrung von links

Seit 30 Jahren besteht die „Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus“. Ihre Arbeit ist im politischen Klima der Gegenwart unabdingbar

durch den Kommunismus verursachten Leides und die Aufrechterhaltung der Erinnerung –, blieben nicht aus.

Seit Ende der 1990er Jahre befindet sich die Gedenkbibliothek in ruhigerem Fahrwasser. Die – vor allem in Hinsicht auf die geringe personelle Ausstattung – erstaunlich umfangreiche inhaltliche Arbeit steht seitdem wieder im Vordergrund. Vier Tätigkeitsfelder lassen sich ausmachen. Da wäre zunächst die Pflege und Erweiterung des Buchbestandes, der inzwischen mehr als 14.000 Bände umfasst, sowie die Nutzbarmachung. Zu den gedruckten Werken kommen Manuskripte mit Erinnerungen von ehemals Inhaftierten. Eine Reihe von Opfern wurde durch die Bibliothek zu Veröffentlichungen angeregt und dabei unterstützt. In diesem Zusammenhang ist auf Publikationen wie etwa „Zum Schweigen verurteilt. Denunziert – verhaftet – interniert (1945–1948)“ von Ursula Fischer zu verweisen.

Einen zweiten Schwerpunkt bildet die Betreuung der von Verfolgung Betroffenen und deren Angehöriger. Zum Dritten

wird ein umfangreiches politisches Bildungsprogramm angeboten. Seit Bestehen verantwortete die Gedenkbibliothek mehr als 700 Veranstaltungen in Form von Vorträgen, Lesungen und Filmvorführungen. Etwa mit Schriftstellern wie Ulrich Schacht, Reiner Kunze und Uwe Kolbe – die drei Genannten haben die Repressionen des DDR-Systems auch selbst erfahren – oder Wissenschaftlern wie Konrad Löw, Klaus Schroeder und Manfred Wilke. Im vergangenen Jahr referierte unter anderem der polnische Botschafter Andrzej Przyłębski über „Die Bilanz der Transformation in Polen nach 1989“. Der Filmemacher und Journalist Peter Grimm zeigte seine Dokumentation „Vertreibung 1961“ über Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze.

Vom Umgang mit den Opfern

Vermittelt ist auch der vierte Bereich. Die Bibliothek unterhält insgesamt drei Dauerstellungen. Eine Präsentation in den eigenen Räumen wendet sich dem unterdrückten Menschen zu: „Utopie und Ter-

ror. Alja Rachmanowa und Alexander Soltschenizyn – zwei russische Schriftsteller-Phänomene“. Rachmanowa veröffentlichte, neben einer Vielzahl anderer Bücher, 1935 den antibolschewistischen Roman „Die Fabrik des neuen Menschen“. Der freie Mensch steht im Mittelpunkt der ebenfalls von der Gedenkbibliothek betriebenen, 2019 grundlegend überarbeiteten Ausstellung über den Aufklärer Lessing im benachbarten, nach ihm benannten Haus. Darüber hinaus ist die Fotodokumentation „Workuta – Vergessene Opfer“ zu sehen.

Neben den Vorgängen in der DDR und der Sowjetunion ist die Bibliothek auch bestrebt, den Blick auf Bereiche und Gebiete zu lenken, in denen die kommunistische Unterdrückung ebenso manifest war, jedoch weniger bekannt ist, und über die bis heute vergleichsweise wenig Aufarbeitungsbestrebungen im Gange sind. Entsprechende Arbeiten werden unterstützt. Konkret zu nennen ist hier Bulgarien: Die Autorin Fanna Kolarova widmet sich derzeit der Darstellung der Vorgänge in den Ostblockstaat. Seit 30 Jahren be-

steht die Gedenkbibliothek, deren Projekte der Berliner Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fördert. Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit über das Wirken der kommunistischen Systeme ist gegenwärtig und in der absehbaren Zukunft weiterhin dringend geboten. Gründerin Popiolek, die soeben ein Buch über die Geschichte der Bibliothek verfasst hat, weist auf die großen Unterschiede im Umgang mit den Opfern der ersten und zweiten deutschen Diktatur hin. Sichtbar wird dies exemplarisch bei Gedenkveranstaltungen in Lagern die – nacheinander – von beiden totalitären Systemen genutzt wurden.

Im Deutschland von heute zeichnen sich, nicht nur im Blick auf die DDR, erschreckende Verklärungs- und Verharmlosungsbestrebungen ab. Willkommen sind diese im Klima einer immer weiter nach links driftenden Politik, die sich wieder anschickt, den Menschen mehr und mehr zu vereinnahmen und seiner Selbstständigkeit zu berauben.

(Weitere Informationen: www.gedenkbibliothek.de)

VEREINIGTE STAATEN

Der große Auszug aus Silicon Valley

Hohe Steuern und astronomische Hauspreise vertreiben Kaliforniens Firmen und Gutverdiener – Texas ist der große Gewinner

Das Selbstverständnis Kaliforniens als wirtschaftliches Schwergewicht innerhalb der USA und als Faktor in der Weltwirtschaft wird durch den Weggang großer Unternehmen derzeit auf eine harte Probe gestellt. Bereits im Sommer verlegte das Datenanalyseunternehmen Palantir seine Zentrale vom kalifornischen Palo Alto nach Denver im Bundesstaat Colorado. Schlag auf Schlag haben inzwischen auch weitere Großunternehmen ihren Weggang aus Kalifornien bekannt gegeben.

Anfang Dezember kündigte Hewlett-Packard an, seine Firmenzentrale vom kalifornischen San José nach Houston/Texas zu verlegen. Mit dem Datenbankspezialisten Oracle zieht ein weiteres Schwergewicht aus dem kalifornischen Silicon

Valley nach Texas. Das Hauptquartier des SAP-Konkurrenten wird künftig in der texanischen Landeshauptstadt Austin stehen. Kurz darauf gab überraschend auch Elon Musk seinen Umzug nach Austin bekannt.

Musk müsste 18 Milliarden zahlen

Der Tesla-Gründer nutzte die Gelegenheit gleich noch für eine kleine Abrechnung mit seiner bisherigen Wahlheimat. Im Interview mit dem „Wall Street Journal“ sagte Musk: „Kalifornien hat lange gewonnen. Und ich denke, sie halten das für selbstverständlich.“ Der gebürtige Südafrikaner hat seit zwei Jahrzehnten in der Gegend um Los Angeles gelebt und gearbeitet. Der Entschluss von Musk, nach Texas umzuziehen, könnte nicht zu-

letzt steuerliche Gründe haben: Der Höhenflug der Tesla-Aktie hat den Unternehmensgründer nach Amazon-Boss Jeff Bezos zum zweitreichsten Mann der Welt gemacht.

Derzeit wird Musks Vermögen auf 139 Milliarden US-Dollar geschätzt. Sollte er seine Aktienoptionen auf Tesla ausüben, würden nach Berechnungen des Informationsdienstes Bloomberg im von den Demokraten regierten Kalifornien auf einen Schlag bis zu 18 Milliarden Dollar Einkommensteuer fällig. Im Gegensatz dazu will der Fiskus im republikanisch regierten Texas von seinen Einwohnern überhaupt keine Einkommensteuer, auch Aktien-Optionen sind steuerfrei.

Als weitere Vorteile von Texas werden regelmäßig weniger Regulierungen und

im Vergleich zu Kalifornien sehr viel günstigere Mieten und Immobilienpreise genannt. Im Silicon Valley, in San Francisco und in Los Angeles haben die Miet- und Hauspreise im Laufe der vergangenen Jahrzehnte derart horrende Höhen erreicht, dass selbst Top-Verdiener der großen Technologie-Konzerne Probleme haben, sich ein eigenes Haus zu leisten.

Ein Zimmer für 2000 Dollar

Sogar für Zimmer in Wohngemeinschaften waren rund um das Silicon Valley bislang monatliche Mieten von 2000 Dollar keine Seltenheit. Durch die Corona-Pandemie lassen viele Firmen inzwischen aber Heimarbeit zu. Diese Gelegenheit nutzen immer mehr Mitarbeiter, um wie Hewlett-Packard, Oracle und Elon Musk

nach Texas umzuziehen. Denn je mehr Mitarbeiter von zu Hause aus tätig sind, desto unproblematischer gestaltet sich der Umzug ihres Arbeitgebers. Es ist in dem Falle schließlich nicht mehr so wichtig, wie weit dessen Sitz vom Wohnort seiner Angestellten entfernt liegt.

Allerdings war bereits vor der Corona-Pandemie eine Abwanderungsbewegung in Gang gekommen. Laut Bloomberg sinkt in der Metropolregion Los Angeles bereits seit 2017 die Einwohnerzahl. Im vergangenen Jahr verlor der Ballungsraum im Durchschnitt jeden Tag 260 Einwohner durch Wegzug. Houston, Austin und der Großraum Dallas in Texas gehören dagegen zu den großen Gewinnern der Binnenwanderung in den USA.

Norman Hanert